

# Protokoll

der 4. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 11. März 2026, um 9:00 Uhr

**Vorsitz:** *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

## 13. Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)", Bericht der BRK

[11.03.26 10:12:39, 25.0033.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung vorzulegen. Für die Kommission das Wort hat Jo Vergeat.

*Jo Vergeat (GRÜNE/jgb):* Die umformulierte kantonale Initiative für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel, kurz Klybeckinsel-Volksinitiative, wurde von 3'388 stimmberechtigten Personen eingereicht und fordert die Umzonung des Gebiets der ehemaligen Klybeckinsel in eine Grünzone. Nach der Beseitigung der industriellen Altlasten soll das Gebiet durch die Freilegung des aufgeschütteten Altrheins bis 2035 als Insel wiederhergestellt und mit einheimischen Bäumen und Sträuchern aufgeforstet werden. Die Initiative ist als unformulierte Volksinitiative eingestuft. Die Klybeckinsel hat eine besondere historische Bedeutung für Basel. Ursprünglich eine Rheininsel, wurde sie im Laufe der Industrialisierung aufgeschüttet und für industrielle Zwecke genutzt. Heute steht das Gebiet im Fokus der Stadtentwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit der Transformation des Hafensareals und der Schaffung von Wohn- und Freiräumen.

Der Grosse Rat hat die BRK mit der Prüfung des Ratschlags des Regierungsrats zur Klybeck-Initiative beauftragt. Die Kommission ist auf den Ratschlag eingetreten und hat sich in einer Sitzung über die Inhalte beraten. Das Initiativkomitee hat bereits im Vorfeld der Beratungen klar signalisiert, auf eine Anhörung zu verzichten und eine Fristverlängerung auszuschliessen. Da bei der Behandlung von Initiativen die gesetzlich vorgegebenen Fristen für die Volksabstimmungen einzuhalten sind, ergaben sich für die BRK daher zwei Handlungsoptionen. Entweder hätte das Geschäft ohne Gegenvorschlag bis spätestens zum 11. März 2026 oder im Falle der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags bis spätestens am 25. Juni 2026 im Grossen Rat beraten werden müssen. Aufgrund der klaren Haltung des Initiativkomitees sowie der Regierung und der gesetzlich vorgegebenen Fristen für die Volksabstimmung hat die BRK auf eine Anhörung der Verwaltung verzichtet. Stattdessen wurde das Geschäft beschleunigt behandelt, um die gesetzlichen Vorgaben und den Wunsch der Initianten einzuhalten.

Die BRK sieht die ökologischen Vorteile der Initiative, insbesondere die Schaffung eines landschaftstypischen Auwalds, der einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt der Naturwerte und zur Sicherung der Biotopverbundsachsen leisten würde. Zudem würden vielfältige Biotope Lebensräume für geschützte und bedrohte Arten bieten. Die Grösse des Areals würde auch die Ausbildung grosser Kernlebensräume ermöglichen.

Trotz dieser positiven Aspekte der Initiative sieht die Bau- und Raumplanungskommission die Ziele der Klybeckinsel-Initiative als nicht vereinbar mit den zentralen Zielsetzungen der kantonalen Wohn- und Arealtransformationspolitik, welche eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen von Bevölkerung und Kanton anstrebt. Stark gewichtet wurde bei dem Entscheid auch der Kompromiss zum Gegenvorschlag zur Initiative «Hafen für alle, Freiraum statt Luxusprojekte». Damit setzte sich die BRK für eine wohnpolitisch geleitete Entwicklung des Gebietes ein. Dabei wurden 50% der Flächen für öffentliche Grün- und Freiräume gesichert, um dem hohen Bedarf an Natur- und Erholungsflächen gerecht zu werden. An diesen Zielen hält die Kommission fest, besonders vor dem Hintergrund der bereits fortgeschrittenen Planung für den Klybeck- und den Westquai, die im August 2025 von der Verwaltung vorgelegt wurden.

Weitere Gründe sprechen aus Sicht der BRK gegen eine Umsetzung der Initiative. Die Kommission stützt sich dabei im Wesentlichen auf die Würdigung der Regierung. Umgehung der partizipativen Planungsprozesse: Die Initiative würde den etablierten partizipativen Planungs- und Beteiligungsprozess durchbrechen. In den letzten Jahren wurden in öffentlichen

Verfahren zu Arealentwicklungen und Stadtteilrichtplänen verschiedene Interessen sorgfältig abgewogen und in einen politischen Konsens überführt. Die Initiative setzt ein einzelnes Anliegen absolut und übergeordnet einer ausgewogenen Gesamtlösung zu.

Verlust von dringend benötigtem Wohnraum: Die Umsetzung der Initiative hätte den Verzicht auf dringend benötigten und preisgünstigen Wohnraum in der Region Klybeck-Kleinhüningen zur Folge. Die Renaturierung der Klybeckinsel würde das Wohnraumpotenzial im Perimeter erheblich reduzieren. Angesichts der anhaltend hohen Nachfragen nach Wohnraum in Basel wäre mit steigenden Mieten und einer Zunahme des Pendelverkehrs zu rechnen.

Kosten-Nutzen-Verhältnis: Die vom Regierungsrat veranschlagten Gesamtkosten von rund 500 Mio. Franken ohne mögliche Entschädigungszahlungen an die Grundeigentümerin stehen in keinem angemessenen Verhältnis zur Schaffung von lediglich 22'000 m<sup>2</sup> zusätzlicher Freiflächen.

Die Klybeck-Initiative ist nicht die erste Volksinitiative, die sich mit der zukünftigen Nutzung des Perimeters auseinandersetzt. Die umformulierte kantonale Volksinitiative, wir haben es schon gehört, «Hafen für alle, Freiräume statt Luxusprojekte» verfolgte das Ziel, die Areale Klybeck und Westquai vollständig in öffentlichem Eigentum zu belassen. Der Gegenvorschlag der BRK zu dieser Initiative wurde intensiv ausgehandelt. Dieser Gegenvorschlag wurde mit einer deutlichen Mehrheit verabschiedet und führte zum Rückzug der Hafeninitiative. Am ausgewogenen Kompromiss, der sowohl die Anliegen der Quartierbevölkerung als auch den Interessen des Kantons und der verschiedenen Parteien Rechnung trägt, möchte die BRK festhalten.

Zudem hat im Jahr 2025 die Verwaltung einen Planungsvorschlag für den Klybeck- und den Westquai vorgelegt, der grosszügige Grünflächen und eine durchmischte Nutzung vorsieht, im November 2025 ausserdem das Richtprojekt Klybeckplus veröffentlicht, das die Entwicklung des Planungserimeters zu einem offenen, grünen und durchmischten Stadtteil anstrebt. Die BRK wird sich nach Abschluss der Nutzungsplanung vertieft mit dem ganzen Stadtteil und diesen Projekten auseinandersetzen und möchte das auch in diesem Rahmen diskutieren.

Zur Empfehlung der BRK: Die BRK folgt dem Antrag des Regierungsrates und empfiehlt dem Grossen Rat mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung, die kantonale Volksinitiative für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel ohne Gegenvorschlag der Stimmbevölkerung mit der Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung vorzulegen. Die Kommission hat diesen Bericht am 5. Februar 2026 einstimmig verabschiedet.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Nach diesen sehr guten Ausführungen durch Jo Vergeat, stellvertretend für die Kommission, wurde inhaltlich sehr viel gesagt. Der Regierungsrat ist der Kommission sehr dankbar für die speditive Behandlung dieser Initiative. Wie gesagt wurde, hat diese Initiative potenziell grosse Auswirkungen auf viele laufende Grossprojekte in diesem Perimeter, und je früher wir da Bescheid wissen, desto besser.

Eine grosse Schwierigkeit der Initiative ist tatsächlich, dass sie ein Gut, das sehr wichtig ist, nämlich das Grün, die Biodiversität herausnimmt und bevor man quasi in eine umfassende Güterabwägung kommt, was dort auch noch stattfinden soll, das könnten ja auch Sportflächen sein oder eben Wohnungen, was auch immer, dies festsetzen will. Und ich denke, wenn ein Areal Potenzial hat zum Entwickeln, dann kommen ganz viele Bedürfnisse, was man dort machen könnte. Ich habe nun Sport oder Wohnen genannt, Zwischennutzungen, was auch immer. Ich glaube, es ist sinnvoll, wenn wir den langjährigen Weg, den wir bisher beschreiten, dass wir mit den Menschen vor Ort und generell mit der Bevölkerung Lösungen suchen, was dort vor Ort die besten Angebote sind, dass wir diesen Weg weitergehen und jetzt nicht vorschnell etwas setzen, was dann die anderen Bedürfnisse dominiert.

Dann sind wir natürlich im Kanton auf Wohnraum angewiesen. Sie wissen, dass grundsätzlich die Mieten und der Preis für Wohnraum steigt. Wir möchten mehr Wohnraum bieten hier in der Nähe, damit auch die Pendlerwege kürzer werden. Auch da gibt es sehr viel Potenzial genau in diesem Perimeter und, last but not least, der Vorschlag löst sehr hohe Kosten aus, bei, wenn ich es so wirtschaftlich nennen darf, geringem Return on Investment.

Also das alles hält der Regierungsrat für schwierig und möchte deshalb auch keinen Gegenvorschlag präsentieren, sondern der Stimmbevölkerung empfehlen, diese Initiative abzulehnen. Wir sind sehr dankbar, dass dieser Vorschlag von der Kommission gestützt wurde und ich bin jetzt gespannt auf die Debatte und hoffe, dass auch hier drin dieses Vorgehen Konsens findet.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Brigitta Gerber.

*Brigitta Gerber (BastA):* Wir von BastA halten das Anliegen und die Bemühungen für die Thematik grundsätzlich für sehr wertvoll, wir bedauern, dass die Initianten von Anfang an einen Gegenvorschlag ausschlossen und auch keine Fristverlängerung für die Kommission offen liessen. Damit macht es für die BRK tatsächlich nicht gross Sinn zu versuchen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, zumal ja der Gegenvorschlag zur Initiative «Hafen für alle, Freiräume statt Luxusprojekte» im Raum steht und auch noch der Richtplan. Vorliegt und demnächst zur Diskussion kommt.

Wir werden also von BastA hier sicher einen genauen Blick auf die Thematik werfen bezüglich Zugänglichkeit der Grünflächen für das Quartier und auch Massstäblichkeit der Blockrandüberbauungen. Einmal mehr haben wir den Eindruck, dass die maximale Ausnutzung und Investitionen vor allem ins Zentrum gestellt werden. Die Ängste im Klybeckquartier sollen ernst genommen, anerkannt werden, Lebensqualität im traditionellen Industriequartier, das ist richtig und wichtig. In der Behandlung des Richtplans werden wir also hier vor allem unsere Schwerpunkte sehen. Wir von BastA werden uns deshalb bei diesem Geschäft nun enthalten, besonders weil wir auch hier den Kern des Anliegens als wichtig erachten und ihm ein Gewicht geben möchten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Bülent Pekerman.

*Bülent Pekerman (GLP):* Mit der Klybeckinsel-Initiative steht heute die Frage im Raum, ob wir den partizipativ erarbeiteten Weg für das Hafenaerial bestätigen oder zugunsten eines umfangreichen Renaturierungsprojekts darauf verzichten wollen. Zunächst möchte ich Folgendes festhalten: Die ökologischen Anliegen der Initiative nehmen wir ernst. Mehr Natur am Rhein, bessere Biodiversität und kühlende Grünräume gehören zu den Kernanliegen der GLP. Die Klybeckinsel-Initiative beantwortet diese Anliegen jedoch mit einem überzogenen Programm. Vollständiges Umzonen in Grünzone, Freilegung des alten Rheinlaufs und Aufforstung der gesamten Insel, damit würde die bestehende Planung buchstäblich auf den Kopf gestellt.

Die BRK zeigt in ihrem Bericht überzeugend auf, weshalb sie diese Initiative ablehnt. Erstens durchbricht diese Initiative den partizipativen Planungsprozess. Für Klybeck- und Westquai wurden umfangreiche Mitwirkungsverfahren durchgeführt, ein Stadtteilrichtplan erstellt und zahlreiche Gespräche mit Quartierbewohnern, Fachstellen und Eigentümern geführt. In diesem Rahmen wurden die Bereiche Wohnen, Arbeiten, Freiräume und Natur sorgfältig austariert. Die Initiative verfolgt jedoch ein einziges Ziel, die maximale Renaturierung, und verdrängt damit alle anderen öffentlichen Interessen.

Zweitens würde das Wohnraumpotenzial im Perimeter deutlich reduziert. In einer Stadt mit angespanntem Wohnungsmarkt wäre das aus Sicht der GLP der falsche Weg. Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen im Stadtgebiet, nicht weniger. Der Gegenvorschlag der BRK zur Hafenininitiative geht hier den besseren Weg. Er kombiniert Baurechtsmodelle, Kostenmiete und selbst benutztes Wohneigentum mit grosszügigen Grün- und Freiräumen. Das ist die Art von ökologisch-sozialer Stadtentwicklung, die wir unterstützen.

Drittens sind die Kosten und das Verhältnis von Aufwand und Nutzen zu beachten. Der Regierungsrat rechnet mit Gesamtkosten von rund 500 Mio. Franken ohne allfällige Entschädigungen für die Grundeigentümerin, wie auch schon bereits erwähnt wurde. Dafür würden lediglich gut zwei Hektaren Freifläche gewonnen, während gleichzeitig bestehende Planungen, Hafenprozesse und Eigentumsverhältnisse massiv tangiert würden. Vor dem Hintergrund von anderem grossen Investitionsbedarf im Kanton müssen wir uns fragen, ob dies ein verantwortbarer Einsatz öffentlicher Mittel ist.

Wichtig ist auch zu betonen, was bereits gesichert ist. Mit dem Gegenvorschlag zur Hafenininitiative bleibt garantiert, dass mindestens 50% des Areals öffentliche Grün- und Freiflächen sind. Heute steht rund die Hälfte des Gebiets unter Naturschutz und dieser Anteil soll nicht unterschritten werden. Zudem sind vielfältige Nutzungen wie Kultur, Freizeit, Arbeiten und Gastronomie vorgesehen. So entsteht ein durchmischter, lebendiger Stadtteil statt einer monofunktionalen Insel. Aus Sicht der GLP liegt damit bereits ein ausgewogener Ansatz vor, der Klima, Biodiversität, Wohnen und Arbeiten vereint. Die Klybeckinsel-Initiative gefährdet diesen Ansatz.

Deshalb beantragt die BRK und auch der Regierungsrat, die Initiative der Stimmbevölkerung ohne Gegenvorschlag mit der Empfehlung zur Ablehnung zu unterbreiten. Dies ist kein Rückzug aus der Diskussion, sondern eine klare inhaltliche Position. Ja zu viel Grün und hochwertigen Freiräumen, ja zu bezahlbarem Wohnraum im Baurecht, ja zu einem fairen partizipativen Planungsprozess, aber nein zu einer einseitigen Maximalforderung, die den sorgsam erarbeiteten Kompromiss zunichte macht. Die GLP-Fraktion unterstützt den Bericht der BRK, die Klybeckinsel-Volksinitiative der Stimmbevölkerung mit Empfehlung zur Ablehnung und ohne Gegenvorschlag zu unterbreiten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, ohne Gegenvorschlag. Wir haben grundsätzlich sehr viele Sympathien für Volksinitiativen, welche eingereicht werden, insbesondere auch wenn sie nicht zwingend aus dem parteipolitischen Establishments stammen oder aus einer Organisation, welche in der Gesellschaft eine grosse Lobby hat, sondern wenn eine Volksinitiative von der Bevölkerung, vom einfachen Volk eingereicht werden und nicht eine grosse Lobby dahintersteht. Dafür haben wir immer auch etwas Sympathien und wir sind auch der Meinung, dass Volksrechte wie Initiativen und Referendum ein wichtiges Gut sind für die politische Stabilität in unserem Land.

Umso bedauerlicher ist es aber, dass in diesem Fall auch das Initiativkomitee den Dialog mit der BRK. verweigert hat und keinen Dialog finden wollte und nicht zu einem Hearing kommen wollte. Ich denke, wir hätten hier einige Punkte auch direkt klären können. Das ist insofern bedauerlich, da wir auch von der SVP-Fraktion diese Initiative. sorgfältig geprüft haben auf den Inhalt. Das ist das Formelle unserer Meinung in diesem Fall.

Inhaltlich können wir uns dem anschliessen, was bereits gesagt wurde. Wir lehnen diese Initiative inhaltlich ab. Die Kosten, welche diese Initiative mit sich bringen würde, stehen in keinem Verhältnis zum Ertrag, den man sich erhofft. Wir haben mit dem Gegenvorschlag zur Hafeninitiative relativ viele Anspruchsgruppen befriedigen können. Wir haben mehr Wohnraum geschaffen, oder der Plan ist es, mehr Wohnraum zu schaffen, wir haben 50% Grünflächen gesprochen, wir haben Freizeitmöglichkeiten gesprochen, hier sind alle zufrieden und entsprechend haben wir hier einen relativ guten Mix gefunden, den auch die breite Bevölkerung zufriedenstellt und das ist jetzt auch nicht etwas, von dem wir unbedingt abweichen möchten.

Jetzt noch zur Frage, ob Gegenvorschlag ja oder nein. Leider hatten wir hier als BRK beschränkt Möglichkeiten, hier noch einen Gegenvorschlag auszuarbeiten wegen der Frist. Und es ist natürlich auch vertretbar, dass man eine Initiative zur Ablehnung empfiehlt, ohne Gegenvorschlag, wenn die Meinungen derart weit auseinanderliegen und ein Gegenvorschlag auch nicht dazu geführt hätte, dass die Initiative zurückgezogen worden wäre. Entsprechend bitten wir Sie hier, wie auch die anderen Fraktionssprecher bereits schon gesagt haben, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, ohne Gegenvorschlag.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

*Silvia Schweizer (FDP):* Die FDP-Fraktion lehnt diese Initiative klar ab, nicht, weil wir gegen Grünräume wären, nicht, weil wir gegen ökologische Aufwertung wären, im Gegenteil. Die bestehenden Planungen für das Klybeckareal sehen grosszügige Freiräume und mindestens 50% Grünflächen vor. Natur ist also längst ein Teil der Planung. Aber diese Initiative geht einen falschen und auch extremen Weg.

Erstens, sie zerstört eine ausgewogene Planung. Für Klybeckquai und Westquai wurde über Jahre ein Konzept erarbeitet, das Wohnen, Arbeiten, Kultur, Freizeit und Grünflächen miteinander verbindet. Eine moderne Stadtentwicklung lebt genau von diesem Gleichgewicht. Die Initiative kippt dieses Gleichgewicht radikal zugunsten einer vollständigen Renaturierung.

Zweitens, sie verhindert dringend benötigten Wohnraum. Basel braucht Wohnungen, besonders auch bezahlbare Wohnungen an zentraler Lage. Wenn wir dieses Areal faktisch zu einem Wald erklären, verzichten wir bewusst auf wertvollen Wohnraum. Das treibt die Mieten weiter nach oben und verlagert den Wohnbedarf ins Umland.

Drittens, das haben wir schon mehrfach gehört, sie ist finanziell unverhältnismässig. Zu den rund 500 Mio. Franken kommt nämlich auch noch für 22'000 m2 Grünfläche auch noch ein jährlicher Unterhalt von rund 100'000 Franken dazu. Das ist schlicht kein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln.

Und viertens, sie ignoriert demokratische Entscheide. Der Grosse Rat hat beim Hafenareal bereits einen abgestützten Weg beschlossen, eine gemischte Nutzung mit viel Grün und öffentlichem Zugang. Genau daran orientieren sich die heutigen Planungen. Die Initiative stellt diesen Kompromiss wieder in Frage.

Die FDP steht für eine nachhaltige, ausgewogene und verantwortungsvolle Stadtentwicklung, eine Stadt, die Grünräume schafft, aber auch Wohnraum ermöglicht, eine Stadt, die ökologische Ziele verfolgt, ohne wirtschaftliche und soziale Realität auszublenden. Nur so werden Investitionen, städtische Nutzung und Naturschutz besser in Einklang gebracht. Genau deshalb folgt die FDP-Fraktion der Mehrheit der Bau- und Raumplanungskommission und dem Regierungsrat. Wir empfehlen dem Grossen Rat, diese Initiative abzulehnen und sie ohne Gegenvorschlag den Stimmberechtigten zur Ablehnung vorzulegen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprechende für die SP ist Maria Ioana Schäfer.

*Maria Ioana Schäfer (SP):* Wir haben es gehört, die Klybeckinsel bewegt. Wir sprechen über einen Ort, an dem es eine breite Bewegung gegeben hat, die gesagt hat, dieses Areal darf nicht zum Luxusprojekt werden, dieses Areal muss der Bevölkerung gehören, dieses Areal muss grün, zugänglich, lebendig sein und bezahlbaren Wohnraum bieten.

Ein zentraler Grundpfeiler und Weckruf war hier die JUSO-Initiative «Hafen für alle». Dass diese Initiative später zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen wurde, zeigt zweierlei. Erstens Kompromissbereitschaft und zweitens, dass der Gegenvorschlag der BRK die Stossrichtung und auch die konkreten Forderungen dieser Initiative klar aufgenommen hat. Mit diesem Gegenvorschlag bleibt das Areal in öffentlichem Eigentum und es wurde ein politischer Kompromiss gefunden, der versucht, so viele Interessen der Bevölkerung wie möglich abzudecken.

Nun verlangt die Klybeck-Volksinitiative eine komplette Umzonung in Grünzone mit Auwald, Biotopverbundsachsen und Räumen für bedrohte Arten. Ja, das sind wichtige Aspekte und wir müssen ökologisch denken und der Gegenvorschlag zu «Hafen für alle» ist nicht die unökologische Alternative zur Renaturierung. Er ist selbst ein ökologisches Projekt. Das Klybeck ist heute kein unberührter Naturraum, sondern seit Jahrzehnten urban und industriell geprägtes Hafenaerial. Gerade deshalb ist es ökologisch richtig, hier auf bereits genutztem Boden Wohnen, Grünräume, Freiraum und Naturwerte zusammenzudenken. Der Gegenvorschlag sichert mindestens 50% öffentliche Grün- und Freifläche, eine grosszügige Grünanlage am Rhein, klima- und umweltschonendes Bauen bis Netto Null 37 und eine dichte Entwicklung, die Boden spart und Pendlerverkehr reduziert. Das ist keine Absage an Ökologie, das ist urbane Ökologie.

Zudem, das Initiativkomitee wollte weder eine Anhörung noch eine Fristverlängerung, und es ist schon fragwürdig, eine derart weitreichende Initiative zu formulieren, ohne ernsthaft den Willen zu zeigen, sich auf partizipative Mitgestaltung mit Politik und Bevölkerung einzulassen. Hart gesagt will die Klybeck-Volksinitiative das ganze Projekt, den politischen Kompromiss, die investierte Arbeit und auch die Mitgestaltung der Bevölkerung, die darin bereits stattgefunden hat, über den Haufen werfen. Das wollen wir nicht. Deshalb bitten wir Sie, diese Klybeck-Volksinitiative ohne Gegenvorschlag der Bevölkerung mit Empfehlung auf Ablehnung vorzulegen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Fina Girard.

*Fina Girard (GRÜNE/jgb):* Auch für die Fraktion GRÜNE/jgb ist die fehlende Grünraumversorgung im Kleinbasel und vor allem in Klybeck und Kleinhüningen schon seit Jahren ein dringliches Thema auf der politischen Tagesordnung. Es sind Quartiere, die besonders dicht bebaut sind, Quartiere, in denen die meisten keinen eigenen Garten haben, und es fehlt an schattigen Plätzen unter grosskrönigen Bäumen, an Rasenflächen zum Fussballspielen und an grünen Oasen zum Durchatmen. Die anstehenden Entwicklungen auf den Arealen Klybeck- und Westquai und auf dem Gebiet von Klybeck plus stellen eine riesige Chance dar, diese Lücken endlich zu schliessen. Und als GRÜNE(jgb) sind wir immer und an vorderster Front dabei, wenn es darum geht, mehr, bessere und vor allem auch naturnahe Grünflächen für die Basler Bevölkerung zu sichern.

Wir haben daher grundsätzlich viel Sympathie für die Idee, die Klybeckinsel zu begrünen. Und sie klingt verlockend. Dennoch unterstützen wir die Initiative nicht. Uns ist es mit dem Gegenvorschlag für die Hafenuinitiative der JUSO gelungen, in einem breiten Konsens eine Entwicklung auf dem Klybeck- und Westquai anzustossen, bei der mindestens 50% des Areals als öffentliche Grün- und Freiräume gestaltet werden müssen. Das ist ein grosser politischer Gewinn, und mit Annahme der Initiative würde dieser wichtige Schritt für eine nachhaltige grüne Stadtentwicklung wieder auf Null gesetzt. Dieses Rad der Zeit möchten wir nicht zurückdrehen.

Als Fraktion GRÜNE/jgb werden wir weiter sehr genau hinschauen, wie sich die Schaffung von Grünraum in Klybeck und Kleinhüningen ausgestaltet, und wir werden weiterhin darauf pochen, dass diese grosszügig, naturnah, biodivers und entlang der Bedürfnisse des Quartiers, die notabene auch schon geäussert wurden in den aktuellen Planungen, umgesetzt werden. Die Klybeckinsel-Initiative erachten wir nicht für zielführend und lehnen sie deshalb ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Gabriel Nigon.

*Gabriel Nigon (LDP):* Der guten Ordnung halber halte ich fest, dass die LDP den Empfehlungen der BRK und der Regierung folgt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zu den Einzelsprechern. Eingetragen hat sich Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich bin jetzt ein bisschen irritiert. Einerseits höre ich von Grünen und Grünliberalen, dass zwei Hektar Grünflächen, die doch drei Fussballfeldern entsprechen, lediglich ein bisschen sind. Aber das werde ich mir notieren für das nächste Mal.

Ich möchte gerne kurz ein bisschen auf die Geschichte eingehen. Ich sage nicht, dass ich für diese Initiative bin, ich spreche für mich selber, aber ich möchte kurz ein bisschen die Geschichte von diesem Klybeckquai anschauen. Ich habe mir erlaubt, die drei Bilder aufzuschalten. Ganz links war der ursprüngliche Vorschlag der Regierung mit dem grünen Park im Hintergrund von der Blockrandüberbauung. Sie sehen das, grosszügige grüne Fläche. Wir haben seinerzeit im Rahmen der Hafenablestimmung uns mit der Landschaftsarchitektin auseinandergesetzt und auch das angeschaut und da war die Aussage eigentlich relativ klar, wenn ihr so eine Fläche habt in der Stadt, dann macht doch bitte den Park direkt vorne am Rhein.

Der mittlere Teil ist dann natürlich die radikale Variante, mit der wir sagen, wir machen das alles grün. Das fände ich nach wie vor eine sehr spannende Variante. Wir haben hier drin den Gegenvorschlag zur Hafenablestimmung besprochen, in dem eigentlich auch der Anzug von Grossrat Marc Eichner war, dieser grosszügige grüne Park. Der sollte aber von der Wiese bis zum Hafenkran direkt am Rhein stattfinden. Er hat im BRK-Bericht auch so stattgefunden und wurde auch darin aufgenommen.

Wenn ich mir jetzt auf der rechten Seite die heutigen Planvorlage vom letzten August von der Regierung anschau, muss ich schon sagen, ja, da gibt es eine Horburgparkverlängerung, wenn ich da richtig liege, direkt vorne am Rhein, aber der grösste Teil dieser Grünfläche, die wir hier jetzt drin diskutiert haben in den letzten 10 Minuten, finden innerhalb dieser Blockrandüberbauung statt. Das finde ich nach wie vor schade. Daher habe ich nach wie vor gewisse Sympathien für diese Initiative.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Auch die Kommissionssprechende verzichtet.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**84 Ja, 0 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008412, 11.03.26 10:44:46]

### Der Grosse Rat beschliesst

I. Die von 3'388 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichte unformulierte Volksinitiative «Für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)» mit folgendem Wortlaut:

«Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, dass das Gebiet der ehemaligen Klybeckinsel (vgl. StABS Planarchiv T 130 Section F Nr. XI: Klybeckteich) in die Grünzone umgezont wird. Nach Beseitigung der industriellen Altlasten soll das Gebiet durch die Freilegung des aufgeschütteten Altrheins bis 2035 als Insel wiederhergestellt und mit einheimischen Bäumen und Sträuchern wiederaufgeforstet werden.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

### II. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 84 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 7 Enthaltungen zugestimmt.